Ein von der Körber-Stiftung angeregter Geschichtswettbewerb ist ein Beleg dafür, wie eine jahrzehntelange bewusste Verbreitung von Fake News über die in den Ländern des heutigen sogenannten Globalen Südens geschätzten Solidaritätsleistungen der DDR-Bevölkerung sogar an die nachfolgende Generation weitergegeben wird. Dabei bedient man sich mehr oder minder bewusst kolonialer und rassistischer Stereotype. Von **Ulrich van der Heyden**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260815_Vertragsarbeiter_in_der_DDR_mit_Fake_News_zum_Preis_des_Bundespraesidenten_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Einmal im Jahr werden die Lehrer in den deutschen Schulen angeregt, mit ihren Schülern der oberen Klassen einen Geschichtswettbewerb durchzuführen. Die von der Körber-Stiftung, die sich u.a. der Förderung von Demokratie und Zusammenhalt, Geschichte und internationaler Politik sowie Wissenschaft verschrieben hat, angeregte und mit Preisen für ausgezeichnete Schülerarbeiten finanzierte Projektvorgabe für das Jahr 2025 stand unter dem Motto „Bis hierhin und nicht weiter!? Grenzen in der Geschichte.“

Der Bundespräsident überreichte im Sommer 2025 die Auszeichnungen an die Schüler, die den Sieg davongetragen hatten. Die fertigen Arbeiten waren nach sechsmonatiger Projektarbeit zu einem historischen Thema, das idealerweise aus ihrer Region stammen soll, eingereicht worden – angeleitet von einem Lehrer.

Die Ergebnisse der Schülerarbeiten sollen aus schriftlichen Ausarbeitungen, günstigstenfalls publiziert in einer Broschüre, oder auch in Form einer Ausstellung oder sogar in einem Film- oder Radiobeitrag bestehen. Das von Historikern, zumal von Regional- und Heimathistorikern, nicht ungern gesehene Heranführen von jungen Menschen an die Geschichte ihres Landes, ihrer Region, ihres Ortes soll dem besseren Verständnis ihres unmittelbaren gesellschaftlichen, politischen Umfeldes dienen – nach dem Prinzip „forschendes Lernen“. Die Kinder und Jugendlichen können so lernen, in Archiven zu recherchieren, Zeitzeugen und Experten zu befragen, Anfragen bei Behörden und Lokalpolitikern zu stellen. Das ist so weit sehr löblich, wenn die jungen Menschen eine entsprechende Unterstützung durch auf diesem Gebiet Erfahrung besitzende Lehrer erhalten und von diesen fachlich betreut werden.

In der Regel scheint das auch zu klappen, denn immer wieder beteiligen sich Schüler aus verschiedenen Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet an dem Geschichtswettbewerb. Im Jahr 2025 hatte es bereits die 29. Ausschreibung des Bundespräsidenten gegeben und dieses Jahr steht die 30. Ausschreibung an.

Grenzen in der Geschichte und Geschichtserzählung

Vom 1. September 2024 bis zum 28. Februar 2025 waren über 6.720 Kinder und Jugendliche auf historische Spurensuche gegangen und haben 2.289 Beiträge eingereicht. Damit war die aktuelle Wettbewerbsrunde die erfolgreichste seit 30 Jahren.[1]

Viele der eingereichten Projekte setzten sich mit der ehemaligen innerdeutschen Grenze auseinander. Oft spielten dabei die eigene Familiengeschichte und persönliche Grenzerfahrungen eine tragende Rolle, heißt es in einem Resümee der Körber-Stiftung. Forschungen zur eigenen Familie führten aber auch nach Ungarn, Südkorea oder in südamerikanische Länder. Nicht selten stehen dabei Themen wie Flucht und Migration im Fokus. „Die eingereichten Arbeiten zeigen in beeindruckender Vielfalt, dass Grenzen weit mehr sind als geografische Linien. Sie können gesellschaftlich-ethischer, politisch-rechtlicher oder materiell-räumlicher Natur sein. Dabei wirken sie nicht nur als Barrieren oder Hindernisse, sondern auch als Räume der Begegnung, des Schutzes oder der Überwindung“, heißt es dort. Es wurden 250 Beiträge mit einem Landessieg ausgezeichnet und 250 weitere Beiträge erhielten einen Förderpreis. In jedem Bundesland gibt es zudem jeweils einen Preis für die erfolgreichste Gruppe ab zehn Personen und eine Auszeichnung für die landesbeste Schule. Die fünf Ersten Preise auf Bundesebene wurden am 11. November 2025 von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue in Berlin überreicht.

Dass so eine gut gemeinte schulische Projektarbeit auch einmal danebengehen kann, zeigt ein Beispiel aus Berlin. Es ist ein Beleg dafür, wie eine jahrzehntelange bewusste Verbreitung von Fake News über die in den Ländern des heutigen sogenannten Globalen Südens geschätzten Solidaritätsleistungen der DDR-Bevölkerung sogar an die nachfolgende Generation weitergegeben wird. Dabei bedient man sich mehr oder minder bewusst kolonial-paternalistischer und rassistischer Stereotype.[2] Was ist passiert?

Voll daneben?

Noch kurz vor Beginn der Sommerferien des Jahres 2025 hatte die Gutenberg-Oberschule in Berlin-Lichtenberg vor allem für die Schüler der 10. Klasse die erfreuliche Nachricht erreicht, dass sie einen der begehrten Preise beim Geschichtswettbewerb des

Bundespräsidenten gewonnen haben. Laut einem Artikel in einer Berliner Tageszeitung nahmen die Schüler die erfreuliche Nachricht sehr locker. Sie hatten einen 20-minütigen Film zum Thema des Einsatzes von sogenannten Vertragsarbeitern in der DDR-Volkswirtschaft gedreht und ganz offensichtlich mit Erfolg eingereicht. In dem Film geht es um einige von insgesamt mehreren 10.000 in der Regel jungen Menschen – vornehmlich aus Mosambik, Vietnam, Kuba und Angola, zunächst auch aus Algerien und zum Ende der DDR auch aus China –, die in der DDR einen Beruf erlernten und arbeiteten. Sie wurden in der DDR als „ausländische Arbeitskräfte“ bezeichnet; erst nach der Wende erfanden westdeutsche Journalisten und Historiker den Begriff „Vertragsarbeiter“, der sich heute durchgesetzt hat.

Wie es in dem Artikel der *Berliner Zeitung*[3] dazu heißt, wurde in dem Filmprojekt kolportiert, dass die Vertragsarbeiter für „schmutzige, unbeliebte“ Tätigkeiten in Betrieben der DDR-Volkswirtschaft eingesetzt wurden. Und, so wurde in dem Artikel mitgeteilt: „Wer als Vertragsarbeiter schwanger wurde oder ein Kind zeugte, wurde umgehend ins Heimatland zurückgeschickt.“[4] Es wurde sogar behauptet, dass sie in der Öffentlichkeit „nicht in Erscheinung treten“ durften. Wie das hätte umgesetzt werden können, wird nicht erklärt.

Wer das hört oder liest, muss bei etwas Kenntnis von den Gründen und dem Verlauf ausländischer Arbeiter in deutschen Landen vielleicht an die folgende Einschätzung denken: „Wenn Ausländer […] von der einheimischen Bevölkerung als Konkurrenten um Arbeitsplätze […] und als Bedrohung der Sicherheit […] wahrgenommen werden, dann erhöht die vermehrte Sichtbarkeit der Migranten dieses Gefühl.“ Es ist nur ärgerlich, dass diese Beschreibung aus der Bundesrepublik aus dem Jahre 1979 von einem Forschungsverbund mit Namen „Probleme der Ausländerbeschäftigung“ stammt.[5] Die Realität der Vertragsarbeiter in der DDR sah ganz anders aus.[6] Mehrfach sind in der wissenschaftlichen Literatur solche die gesamte ehemalige DDR-Bevölkerung desavouierende Unterstellungen durch quellenbasierte Entgegenstellungen zurückgewiesen worden.[7]

Die Schüler hätten sich von solchen unrealistischen Fiktionen auch selbst überzeugen können, denn unweit ihrer Schule stand ein großes Wohnheim für die Vertragsarbeiter aus Mosambik mit Standards, wie es sie als Studenten- und Arbeiterwohnheime in der DDR viele gab.

Laut Schülerfilm lebten die Vertragsarbeiter „in abgeriegelten Wohnheimen und Fabriken“. Für diese und ähnliche Behauptungen lässt sich kein historischer Beleg finden, aber eine Unmenge von solchen unrealistischen Behauptungen, die in vielen Publikationen immer

wieder seit Jahren von Neuem aufgestellt werden. Statt solcher unsinnigen Auffassungen hätte man auf die durchaus vorliegenden Aussagen von Zeitzeugen zurückgreifen können. Man hätte nur einige Mitglieder der in Berlin noch vorhandenen Mosambik-Community befragen oder sich seriöse Fachliteratur in den Bibliotheken anschauen müssen.

Allerdings – es waren ja Kinder, die sich auf das in den meisten Medien gepflegte, verschrobene Bild von der Vertragsarbeit stützten. Aber hätten nicht Lehrer, die Verantwortlichen der Körber-Stiftung und die zuständigen Beamten des Bundespräsidialamtes sich kundig machen können und sollen? Die mit Fake News heranwachsenden Jugendlichen konnten sich letztendlich nur auf das stützen, was im allgemeinen Narrativ verbreitet wird – mögen die dort aufgestellten Widersprüche zur Realität noch so irrelevant sein.

Die mit den historischen Realitäten wenig übereinstimmenden Erzählungen in dem Schülerfilm werden, so der Journalist Alexander Reich, nicht aufgelöst. Obwohl der Film von einer Schule stammt, die das Label „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ trägt, deren Zehntklässler „bei der Filmerei in ihrem Antirassismus“ angeblich gestärkt worden sind, scheint ihnen und ihren Lehrern wie auch den anderen dafür Verantwortlichen entgangen zu sein, dass sie genau dem rassistischen Gedankengut mit ihren ungeprüften Unterstellungen verfallen sind. Sie tragen das rassistische Gedankengut ideologisch verpackt weiter und tun damit das, was sie eigentlich mit ihrer Schülerarbeit bekämpfen wollten. Denn wie sonst soll man es verstehen, wenn dargestellt wird, wie Länder des Globalen Südens ihre Bürger solchen, wie geschilderten, rassistisch konnotierten Situationen überlassen haben.

Auf die einzelnen genannten Unsinnigkeiten der Darstellung der Vertragsarbeit einzugehen, kann ich mir ersparen; dazu ist schon mehrfach nachgewiesen worden, dass diese erst nach der deutschen staatlichen Vereinigung durch Journalisten entstanden sind, die die Praxis der Vertragsarbeit nicht kannten und diese anhand der ihnen bekannten Probleme mit den Gastarbeitern aus dem Westen Deutschlands zu erklären versuchten.

Die betroffenen Ausländer, die die DDR erlebten, haben im Regelfall ganz andere Erinnerungen zu Papier gebracht. Allein der Titel des Filmes zeugt von Unwissenheit und didaktischer Unverantwortlichkeit der Lehrer gegenüber den Schülern: „Vertragsarbeiter in der DDR – Gelungene Integration oder Ausgrenzung“. Niemand, wie allgemein bekannt sein sollte, ist in die DDR als Vertragsarbeiter gekommen, um sich dauerhaft zu integrieren. Das hat man sich erst später ausgedacht, was nunmehr an junge Menschen als rassistisch konnotierte Lüge weitergereicht wird.

Zudem, die „Vertragsarbeiter“, die aus dem heute sogenannten Globalen Süden in die DDR kamen, wurden auch nicht als „Gastarbeiter“, wie es im Westen üblich war, von der DDR „angeworben“, um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern um eine kostenfreie berufliche Ausbildung zu erhalten und dann nach einigen Jahren des „learning by doing“ in ihre Heimat zurückzukehren, wo in der Zwischenzeit der Bau von Produktionsbetrieben geplant war. Darum war die DDR von den entsprechenden Regierungen der jungen Nationalstaaten gebeten worden, die diesen Hilferuf aus solidarischem Selbstverständnis auch nachkam. Westlich sozialisierte Medienvertreter können dies nicht verstehen und stellen diese Tatsache infrage. Dabei würde ein Blick in die historischen Quellen oder die seriöse Literatur ausreichen, um sich hierüber konkret kundig zu machen.

Kann man es den Berliner Schülern verübeln?

Nach Rückkehr in ihre Entsendestaaten sollten dann die fachlich ausgebildeten Heimkehrer aus der DDR eine neue Ökonomie in den von Kolonialismus und Krieg befreiten Ländern aufbauen, um die Folgen der Kolonialzeit oder von Kriegen, z.B. des Bombenterrors der USA in Vietnam, zu überwinden.

Vor allem am Beispiel dieser Kategorie der „ausländischen Werktätigen“ hat sich in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Wissenschaft ein Narrativ festgesetzt, welches mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun hat.

So heißt es etwa, die Vertragsarbeiter wären in die DDR geholt worden, um hier die Wirtschaft am Leben zu erhalten. Dabei machten diese bis Mitte der 1980er-Jahre in der materiellen Produktion weniger als ein Viertel Prozent der Industriearbeiter aus; im Jahr 1989 war es ein Prozent. Die DDR hatte auf Bitten der genannten Länder reagiert und tausende junge Leute aufgenommen, um ihnen zunächst eine kostenfreie berufliche Ausbildung zu ermöglichen – was die Entsendestaaten ursprünglich gar nicht wollten. Ihnen ging es darum, so viel wie möglich von der jüngeren Generation vor blutigen Bürgerkriegen bzw. den Folgen des völkerrechtswidrigen Einsatzes von biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen durch die USA, wie Agent Orange und Napalm, im Vietnamkrieg zu retten.

Welche Bedingungen die in Berlin-Lichtenberg lernenden und arbeitenden jungen Mosambikaner dazu veranlasst hatte, in die DDR zu kommen, macht eine Dokumentation über die damaligen Zustände in ihrem Heimatland während des Bürgerkrieges, der von 1977 bis 1992 mit äußerst grausamen Methoden geführt wurde, deutlich. Die Situation war dort für die Menschen so katastrophal[8], dass die Regierung in Maputo darauf drängte, weitere ihrer jungen Menschen in die DDR zu schicken, wo sie überleben konnten und

zudem einen Beruf erlernen sollten, den sie dann anschließend in der Heimat für den Aufbau einer eigenen Industrieproduktion nutzen konnten. Dadurch nahm in den letzten Jahren der DDR in manchen Betrieben die Anzahl der Ausbildungsstunden ab, damit sie mehr Geld verdienen konnten, um ihre Familien in der Heimat so besser unterstützen zu können.

Ein häufiger Vorwurf von einigen Journalisten ist, dass die Vertragsarbeiter unterbezahlt worden wären. Doch als Produktionsarbeiter verdienten sie genauso viel wie ein DDR-Arbeiter; oftmals war dies sogar mehr als Ärzte oder Angehörige anderer akademischer Berufsgruppen. Außerdem heißt es häufig, sie wären ausgebeutet worden und hätten die schlechteren Arbeiten in den Betrieben erledigen müssen. Man muss indes bedenken, dass die oft nur eine 4-Klassen-Schulbildung besitzenden Afrikaner, die nicht immer den Abschluss als Facharbeiter erlangten, ähnlich den Deutschen als Hilfsarbeiter beschäftigt und entlohnt wurden. Die Mehrheit erlangte jedoch die kostenfreien Qualifizierungen, bis hin zum Lehrmeister.

Waren die ausländischen Arbeitskräfte gesellschaftlich isoliert? Wie die Betroffenen selbst nach 1989 zu Protokoll gaben, trifft dies nicht zu. Hunderte Kinder sind allein aus Beziehungen zwischen deutschen Frauen und mosambikanischen Männern entstanden; kollegiale Freundschaften halten bis heute. 77 Prozent der Ausländer gaben nach der Wende an, dass sie Kontakte zu deutschen Kollegen und deren Familien unterhielten; ein Viertel verbrachte überwiegend seine Freizeit mit Deutschen.[9]

Gern wird selbst noch heute behauptet, die Vertragsarbeiter wären oftmals Opfer von rassistischen Gewaltverbrechen geworden. Natürlich gab es Reibereien und Schlägereien unter jungen Menschen auch in der DDR, etwa bei Tanzveranstaltungen. Auch rassistische Ressentiments und vereinzelt tätliche Übergriffe kamen vor. Solche Fälle wurden jedoch juristisch geahndet. Verfassung und Gesetzgebung sagen das eindeutig aus. Wo man solche „rassistischen Taten“ nicht finden konnte, dachte man sich welche aus, wie den angeblichen Mord an Manuel Diogo, der durch alle Medien genüsslich kommentiert wurde, um der DDR Rassismus zu unterstellen. Jedoch stellte es sich nach eingehenden kritischen Recherchen bald heraus, dass es sich um eine Erfindung von Journalisten handelte. Eine Klarstellung erfolgte jedoch nur in wenigen der Medien, die zuvor die Lüge verbreitet hatten. [10]

Schwer wiegt der Vorwurf, die DDR habe von schwangeren Vertragsarbeiterinnen gefordert, abzutreiben oder nach Hause zurückzukehren. Doch dies waren Bedingungen der entsendenden Seiten, die nach Zögern von der Ostberliner Regierung akzeptiert worden sind.

Wenn solche wie die angeführten Behauptungen von in Westdeutschland sozialisierten Journalisten oder Historikern aufgestellt wurden, ohne oder kaum dass diese die historischen Quellen oder die Erfahrungen der Betroffenen berücksichtigen, dann ist es kein Wunder, dass statt einer realistischen Sicht auf die DDR-Vertragsarbeiter nach jahrzehntelanger Indoktrination so ein Film von Schülern entstehen konnte, der solche rassistisch konnotierte Fake News weiterverbreitet.

Aber die Schüler hätten sich fragen können, warum es weder in der UNO oder in NGOs in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit oder in den Zeitungen entsprechende Vorwürfe über eine angebliche rassistische Behandlung der Ausländer in der DDR gab. Oder dass solche Anschuldigungen in den veröffentlichten Selbstzeugnissen von Vertragsarbeitern nicht zu lesen sind. Hätten sich nicht Schüler und Lehrer fragen müssen, warum erst seit etwa Mitte der 1990er-Jahre solche unbewiesenen Behauptungen auftauchten?

Die ehemaligen Vertragsarbeiter äußern sich jedenfalls deutlich anders zu ihren Erfahrungen in der DDR. Denn warum sonst sollten sie nach der deutschen Einheit einer Reihe von Journalisten anderes berichtet haben? Einige Zitate: „Alle sind zufrieden. Das Leben im Land der Deutschen ist angenehm und schön … Das ist wirklich eine andere Welt.“ Für andere war die DDR „das Zentrum des Universums“. Oder: „Ich habe dort gute Erfahrungen gemacht …“. „Wir hatten in unserem Plattenbau Zentralheizung, warmes Wasser, wir waren mehr als zufrieden.“ „Wir gingen Biertrinken und feierten viel, knüpften auch Kontakte zu Deutschen.“ „Auf Betriebsausflügen lernten wir das Land kennen.“ „Wir haben gut verdient.“ Hierbei handelt es sich nur um eine kleine Auswahl entsprechender Erinnerungen von Afrikanern und Vietnamesen.[11]

Da man in dem vom Bundespräsidenten prämierten Schülerfilm wohl nicht ganz auf die Meinungen ehemaliger Vertragsarbeiter verzichten wollte, kommt dort zumindest ein Vietnamese zu Wort, der ausführte, dass er von „Rassismus oder Ausgrenzung nix mitbekommen“ habe. Von einer gescheiterten Integration sei ihm auch nichts bekannt, weil eine Integration überhaupt „nicht vorgesehen“ war. Das wussten offenbar weder die Schüler noch die Lehrer.

Der in dem Film an mehreren Stellen sichtbar werdende Widerspruch zwischen den wenigen verwendeten Zeitzeugenaussagen und den dazu gezogenen Schlussfolgerungen ist schier unverständlich. Denn die die Realität verleumdenden Darstellungen der Gründe und des konkreten Verlaufs des Lernens und Arbeitens von tausenden jungen Leuten aus dem Globalen Süden inmitten der DDR-Gesellschaft wird schlichtweg ausgeklammert. Das verweist auf eine heute verstärkt zu beobachtende paternalistisch-koloniale Sicht solcher Anschauungen auf die weltweit bis heute anerkannte solidarische Einstellung großer Teile

der DDR-Bevölkerung.[12] So eine verletzende heutige Beurteilung des humanitären Engagements gegenüber denjenigen Menschen, die ihre Hilfe und Unterstützung benötigten, stellt eine Beleidigung für viele DDR-Bürger dar, deren solidarische Grundhaltung in der internationalen Wissenschaft längst bestätigt[13] worden ist und im Widerspruch zur offiziellen Haltung der alten Bundesrepublik stand, die die alten Kolonialmächte in Afrika wie Portugal und das Rassistenregime in Südafrika unterstützte.

Die DDR-Bürger brachten – mehr oder minder intensiv gelebt – für ihre Solidarität Opfer. Denn die „Vertragsarbeit“ bereitete letztendlich dem Staatshaushalt der DDR mehr finanzielle Aufwendungen (pro Person jährlich etwa 7.500 Mark) als finanzielle Gewinne. Die Gründe hierfür sind die Kosten für die Übernahme von Heimreisen, für Ausstattung mit Kleidung und der Unterkünfte, Nutzung kultureller und sportlicher Einrichtungen, Ausgleich geringerer Arbeitsproduktivität (ca. 80 Prozent eines deutschen Arbeiters), Trennungsgelder, Teilhabe an den schon eng bemessenen sozialen Absicherungen für die Allgemeinheit in der „Planwirtschaft“ wie medizinische und Urlaubsversorgung und einiges andere.

Wie der hier im Mittelpunkt stehende Schülerfilm aufzeigt, werden, statt sich mit der Realität des Lebens in der DDR zu beschäftigen, einfach die negativen Erfahrungen im Umgang mit den Gastarbeitern in der alten Bundesrepublik auf die ostdeutschen Verhältnisse projiziert.

Es trifft auch in diesem Fall zu, was der Theaterwissenschaftler Siegfried Wein wie folgt zutreffend formuliert: „Irgendwann sprach Marx davon, dass die Geschichte viele Beispiele kenne, wo versucht werde, einen toten Hund zu erschlagen. So ergeht es auch dem einstmals existierenden anderen deutschen Staat. Mit Vehemenz, und geradezu törichter Aggressivität, möglicherweise geboren aus Hilflosigkeit, wird versucht, alles umzuschreiben, was diese deutsche Geschichte betrifft. Es darf nicht geben, was es einst gegeben hat. Nicht nur Gebäude, Einrichtungen verschwinden. Verschwinden soll auch eine von Generation zu Generation weitergegebene Erinnerung.“[14]

Es sollte Preisverleihern, Stiftern und Schülern bewusst sein, dass die Verbreitung solcher eigentlich leicht zu durchschauender und zu widerlegender Fake Facts, denen sie – zum Teil aus erklärbaren Gründen – verfallen sind, die bereits weit fortgeschrittene Spaltung der Deutschen in Ost und West weiter vorantreibt. Das ist umso bedauerlicher, da mehrere Versuche des Verfassers dieser Zeilen, die betreffende Schulleitung auf die Verbreitung von Unwahrheiten – letztlich zu Lasten der Kinder –, als auch der Hinweis[15] an eine verantwortliche Mitarbeiterin der Körber-Stiftung, was sie da gefördert haben, ohne Reaktion geblieben sind. Das kann auch als Beleg dafür angesehen werden, dass sich

zunehmend Medien weigern, sich dieser historischen Thematik aus einem objektiven Blickwinkel zuzuwenden.

Titelbild: Wasan Tita / Shutterstock

[«1] koerber-stiftung.de/projekte/geschichtswettbewerb/ (letzter Zugriff: 14.11.2025).

[«2] Vgl. ausführlicher van der Heyden, Ulrich: Antikolonial und Antirassismus – eine Lüge? Persönliche Bemerkungen zur aktuellen Literatur und über das verzerrte Bild von der Solidarität der DDR. Dargelegt am Beispiel der Vertragsarbeiter, Berlin 2026.

[«3] Reich, Alexander: Mit offenen Armen, in: Berliner Zeitung, 18.07.2025.

[«4] Immerhin wurden mehr als 1.500 Kinder von Mosambikanern gezeugt. Die Kinder suchen noch heute nach ihren Vätern, die weder bestraft, noch kastriert worden sind. Die Kinder suchen diese, weil sie zu Beginn der 1990er-Jahre in ihr Heimatland zurückgeschickt worden sind. Vgl. hierzu das Video unter der URL: youtu.be/hcgy2yZ-IPE?si=-zUkzzSkkLY8Dgxt (letzter Zugriff: 8.08.2025).

[«5] Zitiert in: Gastarbeiter als mobile Verfügungsmasse – Zitate, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Nr. 15-16, Dähre 2025: URL: ossietzky.net/ausgabe/2025-15-16/.

[«6] Vgl. van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft, Leipzig 2019.

[«7] Vgl. van der Heyden, Ulrich: Die Darstellung der sogenannten Vertragsarbeit in der DDR in einigen aktuellen deutschen Periodika – vornehmlich der mosambikanischen Vertragsarbeiter, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 2, Berlin 2024, S. 121 – 150.

[«8] Vgl. van der Heyden, Ulrich: Dokumentation zu den Ursachen des solidarischen Engagements der DDR für die mosambikanischen Vertragsarbeiter, Berlin 2026.

[«9] Vgl. Elsner, Eva-Maria/Elsner, Lothar: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990), Leipzig 1994, S. 37.

[«10] Vgl. van der Heyden, Ulrich: Der Fall Diogo – Die Geschichte einer falschen

Mordthese findet ihren juristischen Abschluss, in: Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit, Bd. 2, Berlin 2025, S. 123-143.

[«11] Siehe diese und weitere durchweg positive Beurteilungen über ihre DDR-Zeit bei: van der Heyden, Ulrich: Das gescheiterte Experiment…, a.a.O., S. 395 pp. und passim sowie ders./Semmler, Wolfgang/Straßburg, Ralf (Hrsg.): Mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft. Hintergründe – Verlauf – Folgen, Münster 2014, passim.

[«12] Vgl. van der Heyden, Ulrich: GDR International Development Policy Involvement. Doctrine and Strategies between Illusions and Reality 1960 – 1990. The Example (South) Africa, Münster 2013.

[«13] Vgl. etwa Bösch, Frank/Moine, Caroline/Senger, Stefanie (Hrsg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018; Burton, Eric: In Diensten des afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten, 1961-1990, Boston/Berlin 2021; Bohne, Andreas/Hüttner, Bernd/Schade, Anja (Hrsg.): Apartheid No! Facetten von Solidarität in der DDR und der BRD, Berlin 2019.

[«14] Wein, Siegfried: Die unsichtbaren Grenzen, in: Berliner Zeitung, 10./11.2026.

[«15] Der auch medial vorgetragen wurde, etwa durch van der Heyden, Ulrich: Ein Preis für Fake News, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Nr. 3, Berlin 2026, S. 85 – 87.